

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierzig Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 17.

Berlin, Sonnabend, 27. Februar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Agrarische Unversorenheit. — Die lippeischen Ziegler.
— Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Orts-
verbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Zeit. —
Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Agrarische Unversorenheit.

Als wir den Leitartikel für unsere vorige Nummer schrieben und darin schilderten, wie die Agrarier in ihren Generalversammlungen mit brutaler Rücksichtslosigkeit ihre Forderungen zu vertreten pflegen, da regte sich bei uns ein Bedenken, ob man den Leuten nicht vielleicht doch Lucretius tue. Die Regierung hat ihnen so viel Nachgiebigkeit und Entgegenkommen gezeigt, daß man annehmen konnte, die Herren würden in diesem Jahre eine etwas sanftere Tonart anschlagen. Unsere Bedenken sind unberechtigt gewesen. Das Auftreten der führenden Agrarier in der Zirkus-Busch-Versammlung hat alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt. Zufrieden sind diese Leute noch lange nicht. Aus allen Reden trat die ganze Unerfälllichkeit und Begehrlichkeit der preussischen Junker hervor, die niemals genug kriegen können. Daneben aber konnte man das Gefühl der Macht und ein gewisses Siegesbewußtsein heraus hören, das nahe an Größenwahn grenzt.

Man muß die Reden der Agrarierhäuptlinge gelesen haben, um sich eine Vorstellung bilden zu können von dem Uebermut, der jene streike beherrscht. Dabei beschränkte man sich noch nicht einmal auf wirtschaftliche Forderungen. Man machte offen Front gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und verlangte eine Art Oberhaus über den Reichstag, damit der Großgrundbesitz seinen Einfluß wirksamer als bisher geltend machen kann. Was das Forderungsbetrifft also, sind die Agrarier wirklich ganze Kerle. Einzig und allein ihre persönlichen Vorteile sind maßgebend. Um diese durchzusetzen, pfeifen sie auf die Regierung, auf das Volk und — auch auf die Wissenschaft.

Das mußte auch der bekannte Nationalökonom Professor Adolf Wagner auf der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, die im Anschluß an die Zirkus-Busch-Versammlung stattfand, erfahren.

Professor Wagner war ein ungetrennter Freund Stöckers. Das befaßt genug. Er ist stets für eine Schutzpolitik in agrarischem Sinne eingetreten und hat aus seiner streng konservativen Anschauung niemals ein Hehl gemacht. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb fühlte er sich verpflichtet, bei den Steuer- und Wirtschaftsreformern, bei denen die Agrarier ebenfalls die ausschlaggebende Rolle spielen, seine Stellung zur Nachlasssteuer zum Ausdruck zu bringen. Professor Wagner ist ein Freund dieser Nachlasssteuer. Welche Aufnahme er bei den Herren Großgrundbesitzern mit seinen Ausführungen gefunden hat, das zeigt folgender Bericht über seine Rede.

Ich sage ganz led heraus, die Nachlass- und Erbschaftsteuer halte ich für notwendig, da mir keine besseren direkten Steuern im Deutschen Reich erhalten können. (Lebhafter Widerspruch.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Verlaufe des Vortrages habe ich etwas vernünftiger, als immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und nicht mit den neuen indirekten

Steuern, die kommen sollen. Gätte er das getan, würde er abermals eine starke Belastung der Massen haben konstatieren müssen. Parübergang er aber hinweg. Er sagte, es wäre eine Frage, daß die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Masse der Bevölkerung viel schwerer getroffen als die wohlhabenden Klassen. (Lebhafter Widerspruch.) Parüber kann kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und notwendigen Agrarprodukte haben auch bei uns im Durchschnitt zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung machte sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerspruch.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn wir auf das Einkommen des kleinen und mittleren Mannes die indirekten Verbrauchssteuern abrechnen, wir relativ eine viel höhere Summe bekommen, als bei den Wohlhabenden und Reichen. (Stürmischer Widerspruch.) Es ist sehr schwer, genau zu berechnen, wie die Zölle und Verbrauchssteuern wirken. Aber sicher bleibt im großen und ganzen eine Verteuerung der betreffenden Gegenstände übrig. Dazu trägt der kleine Mann im Verhältnis mit seinem Einkommen viel mehr bei. (Lebhafter Widerspruch.) Wir müssen hinzufügen, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, bloß das äußere Einkommen zu berechnen, wir müssen sagen, die Steuer soll sich richten nach dem, was nach Abzug der notwendigen Ausgaben frei bleibt. Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkommen übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere materielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. (Stürmischer Widerspruch, Chorufe, Zuruf: 5 Glas Bier täglich!) Wir müssen doch daran denken, daß in Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter 100 M. haben, das steuerfrei bleiben muß. (Zuruf: ungerichterweise!) Es fragt sich, ob es ungerichterweise ist. Was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genusmittel beim kleinen Mann übrig, während die wohlhabenden Kreise ein viel größeres freies Einkommen haben. (Stürmischer Widerspruch.) Die Hälfte bleibt den Wohlhabenden für Luxuszwede übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Erneuter stürmischer Widerspruch.)

Tiefer Gesichtspunkt hat nun glücklicherweise auch in Regierungskreisen Anerkennung gefunden. (Zuruf: Leider, leider!) Die Regierung steht auf dem richtigen Standpunkt und ist ein Mann der Theorie und Wissenschaft. (Stürmischer Hochgelächter.) Lachen Sie nicht darüber! Die Theorien, die Sie verfolgen, sind auf auf Ihre eigenen kleinen Ansichten zugeschnitten. (Erneuter stürmischer Widerspruch.) Sie sind nicht zugeschnitten nach dem, was die Wissenschaft will. (Gelächter.) Das ist sicher, daß der Plan der Regierung, nicht wieder auf indirekte Verbrauchssteuern alles zu legen, ein gerichter und zweckmäßiger Plan ist. Warum wählt man die Erbschafts- und Nachlasssteuer? Weil man sich sagt, daß die Matrilinearbeiträge nicht erhöht werden können. Direkte Steuern im Reich können wir sonst nicht einführen, und es bleibt keine andere Steuer übrig. (Zuruf: Luxussteuer.) Mit der Luxussteuer werden Sie nichts erreichen, außerdem wird sie nichts einbringen. (Zuruf: Kohle, Kohle!) Wenn Sie die Kohle besteuern, werden Sie auch nicht den eigentlichen Besitz als solchen treffen, der getroffen werden soll. (Stürmischer Widerspruch.)

Was gegen die Erbschaftsteuer eingewendet werden sollte, halte ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft vertreten. (Lachen.) Ich glaube, die große Mehrheit meiner theoretischen Fachgenossen für mich zu haben. (Stürmisches Hochgelächter.) Darauf legen Sie keinen Wert, das weiß ich, ich beaufe mich aber auf die Praxis. Welche Staaten haben die Erbschaftsteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. (Zuruf: Aber es hat keine Vermögenssteuer!) Nun, die Erbschaftsteuern bringen in England allein 400 Millionen. In Frankreich sehen Sie denselben egoistischen Kampf der Besitzenden gegen die Verteuerung des Besitzes. (Stürmische Chorufe.) Vorzugsweise steht sich dort die Bourgeoisie dagegen auf. Außerdem hat Frankreich andere Steuern, die kolossal wirken. Und gehen Sie nach Oesterreich, da haben Sie eine neue Einkommensteuer und außerdem die Erbschaftsteuer. Die hier vorgebrachten Einwendungen führte man auch dort an, trotzdem wurde die Erbschaftsteuer angenommen. (Leider!)

Ich wage zu sagen, daß die Regierungsvorlage das Richtige trifft. Das Erbrecht steht anders da, als das

gewöhnliche Privateigentumsrecht. (Widerspruch.) Es ist nicht so ohne weiteres nach der geschichtlichen Entwicklung eine reine Konsequenz, es ist in der Tat eine besondere Schöpfung der Rechtsbildung und dieser Rechtsbildung wird der Schutz des Staates erteilt. Man sagt, die Beszenden und Abstammlinge sollten nicht besteuert werden. Ich will zugeben, daß bei Ehegatten die Sache schwierig liegt. (Schlußrufe.) Bei Beszenden kann aber zugegeben werden, daß auch die Kinder vom Erbe etwas zahlen müssen. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn das vollends ein solches Minimum ausmacht, wie jetzt die Regierung will, dann fallen auch die praktischen Einwände fort. (Widerspruch.) Es wurde nicht erwähnt, daß die Nachlasssteuer erst von 20 000 Mark an erhoben wird, daß der größte Teil des bäuerlichen Kleinbesitzes steuerfrei bleibt und daß bei 20 000 Mark 100 Mark gezahlt werden sollen und in ein paar Raten. Da kann man doch nicht sagen, daß der Familienfinstergestört wird, daß der Sohn nun nicht mehr erben will. Das sind Phrasen, mit denen man alles widerlegen könnte. (Widerspruch.) Man sagte, die Nachlasssteuer widerspreche dem deutschen Gemüt; nennen Sie mir eine Steuer, die nicht dem deutschen Gemüt widerstrebt. (Vereinzelt Sehr richtig! Stürmischer Widerspruch.) Wir brauchen Geld (Schlußrufe); wegen dieser Bagatelle dürfen Sie die Finanzreform nicht gefährden. Die Möglichkeit der Erhöhung der Nachlasssteuer ist ja da, aber die besteht auch bei der Einkommensteuer. Bei der Nachlasssteuer wurden auch wesentliche Konzessionen an die Landwirtschaft gemacht; dadurch werden die Einwände noch kleiner. Ich hoffe, daß die Regierung festbleibt. (Zuruf: Damit wird sie kein Glück haben!) Dann sage ich Ihnen, daß Sie glücklicherweise die Entscheidung nicht allein zu treffen haben, da reden andere mit. (Stürmischer Widerspruch.)

Man sagte, das mobile Kapital wird sich drücken. Nun, da haben wir die Kontrolle durch die Einkommensteuer. (Widerspruch.) Man sollte außerdem die Steuerhinterziehung nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefängnis bestrafen. (Sehr richtig!) Wenn der kleine Mann immer sagt: Ich besteuere mein Salz, mein Bier, meinen Brantwein, das bißchen Kaffee und Zucker, alles, was ich genieße, und wenn ihr nun auch einmal etwas bezahlen sollt, dann erklärt ihr ein rundes Nein, was soll ich ihm da erwidern? (Stürmisches Gelächter.) Es ist kein Ruhm für das preussische Herrenhaus, daß es fernerzeit bei der Miquelsschen Steuerreform vier Prozent Einkommensteuer von 100 000 Mark ablehnte. Da konnten die kleinen Leute sagen: Das tut ihr in Konsequenz eures Patriotismus. (Große Unruhe.) Sobald ihr ernstlich zahlen sollt, kommt ihr mit Einwendungen. So kann es nicht weiter gehen. Ich habe meinen Standpunkt vertreten; wenn Sie darauf nicht mehr Wert legen, als Sie sonst zu tun pflegen bei einem Mann der Wissenschaft... (Große Unruhe, in der die nachfolgenden Worte des Redners verloren gehen) Aber ich habe meine Pflicht getan, ich stehe hier und kann nicht anders. Ich halte die Nachlasssteuer für gut und richtig. Wir brauchen direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen. (Erneute Schlußrufe.) Wenn wir die Finanzreform wollen, die politisch und sozial richtig durchgeführt ist, dann können wir von einer direkten Besteuerung nicht absehen. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Nachlass- und Erbschaftsteuer nicht unbedingt abzulehnen. Sie haben keine andere Steuer. (Stürmische Chorufe; Zuruf: Verbrauchssteuern.) Sie können nicht von neuem alles auf die Verbrauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, daß die Nachlass- und Erbschaftsteuer eingeführt werde. (Stürmische Widersprüche, Zwischen, vereinzelter Beifall.)

Dieser Bericht enthebt uns der Aufgabe, noch irgend welche Zusätze zu machen. Die Wahrheit können und wollen die Agrarier nicht hören. Was fragen sie nach Professor Wagner, wenn er nicht so redet, wie sie wollen. Ueber einen Mann der Wissenschaft gehen Leute wie Dr. Gabn, Freiherr v. Wangenheim, Dr. Dertel usw. zur Tagesordnung über, wenn seine Lehren ihren Wünschen nicht entsprechen.

Dieses brutale und rücksichtslose Vorgehen wird selbst von konservativen Blättern scharf verurteilt. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als schmachvoll und fügt hinzu:

Man erlebt Szenen, wie die getrigen, sonst nur in sozialdemokratischen Volkserhellungen, deren hergebrachte Manier es ist, einen Anderen, einen niedrigeren Stand und in der verlegendsten Weise zu verachten. Wenn sich die „Steiner- und Wirtschaftsreformer“ gestern auf das gleiche Niveau des gesellschaftlichen Anstandes herunter begaben, so hat die gebildete Welt die Pflicht, das zu brandmarken und festzuhalten. Es ist ein unerhörter Stand, daß eine wissenschaftliche Kapazität wie Wagner, dessen Denkarbeit an einem Tage die Gehirntätigkeit so mancher seiner getrigen Gegner während ihres ganzen Lebens aufwiegen dürfte, mit stümmlichen Hohnschlägen und fortwährenden Schläufen beglückt wird, weil er sich auf seine Autorität als Nationalökonom beruft. Das anmaßende Gebrüll, das Geschrei und die unparlamentarischen Zwischenrufe, bei denen die Worte Wagners zum Teil nicht mehr verständlich blieben, machten den Eindruck, daß diese Versammlung die wissenschaftliche Wahrheit nicht hören will, daß sie auf ein eingetretes Schweigen abgesehen ist und in eine des kultivierten Menschen unwürdige Wut gerät, sobald ein Redner ihr unangenehm wird.

So urteilt ein konservatives Blatt. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Die lippeischen Ziegler.

Die lippeischen Ziegler sind Wanderarbeiter. Gegen 15 000 ziehen frühjährlich aus den Dörfern des Landes der Höhe in der Hauptstadt nach Westfalen und an die untere Elbe zur Arbeit aus, um im Spätherbst wieder in die Heimat zurückzukehren. Entweder haben sie zu Hause ein eigenes kleines Besitztum, oder sie pachten ein Häuschen und einige Morgen Ackerland. In einem wie im anderen Falle wird das Stückchen Land von der daheim bleibenden Familie bewirtschaftet, die sich so ihren Lebensunterhalt selbst erwirbt. Wäre das lippeische Land mehr industrialisiert, dann blieben die Ziegler gewiß gern in ihrem Lande, das sie sehr lieben. So aber fehlt es ihnen an lohnender Verdienstgelegenheit, die sie außerhalb des Landes suchen müssen. Ihr Gehaltsfreis ist dabei kein engbegrenzter, denn sie gehen von dem Gedanken aus, daß sie ihrem materiell armen Lande nützen durch die Einbringung fremden Geldes.

Bei dieser Veranlagung ist es kein Wunder, daß die Ziegler aus ihren eigenen Reihen einen Dichter zu stellen vermochten, der es wohl verdient, über die Grenzen seines Berufes und Landes hinaus bekannt zu werden. Friedrich Wienke ist sein Name. Im Winter ist er Schneider, im Sommer Ziegler; daneben dichtet er. So treibt er es seit seinem 14. Lebensjahre, und jetzt ist er 45 alt geworden. Pastor Reich in Schwaleberg, der Zieglerpastor genannt, hat die Zieglerlieder mit einem Vorwort versehen. Ueberhaupt ist es sein Verdienst, daß diese echte Volkspoesie zur Veröffentlichung kam, die entstanden ist hinterm Fortmisch auf der Ziegerei und bei der Schneiderei. Einzelne dieser Lieder dürfen geradezu als Verlen moderner Volkslyrik bezeichnet werden. Die Gedichte atmen Freude an der Natur, an der Arbeit und am Familienleben und sind getragen von aufrichtiger Vaterlandsliebe und tiefer Religiosität.

Eines der Lieder, es ist nicht einmal das beste, sei hier eingeschaltet, weil es zeigt, warum der Ziegler immer wieder im Frühjahr in die Fremde zieht:

Der heimatische Wald wird grün,
Die ersten Blätter grünen,
Und Vöglein singen, Blumen blüh'n;
Nun laßt uns in die Ferne zieh'n,
Die wir von dannen müssen.

Nur lieben wir die Heimat sehr
Und ihre trauten Sitten,
Die schönen Berge rings umher
Und Land und Leute noch weit mehr,
Und sind auch wohl gelitten.

Doch was uns in die Fremde treibt,
Es ist die Not des Lebens,
Denn wer als Ziegler hier verbleibt,
Und sich des lieben Wanderns sträubt,
Der sucht sein Glück vergebens.

Drum mag das schöne Lipperland
Zu neuer Pracht ergrünen,
Wir haben unsere Pflicht erkannt
Und wollen fern im fremden Land
Uns fremdes Geld verdienen.

Während des Winters findet ein Teil der heimgekehrten Ziegler in industriellen Betrieben

Beschäftigung, die im Winter ihre Hauptarbeiten haben, so z. B. in den großen Cafestfabriken zu Schötmar; andere wieder arbeiten in den Forsten. Ein anderer Teil hat noch ein zweites Handwerk gelernt, das er im Winter ausübt. Der größere Teil aber findet keine Lohnarbeit und macht sich im Sommer nützlich. Die winterliche Unterbrechung der Zieglerarbeit gilt gleichzeitig als Erholungszeit. Die Arbeit ist viel zu schwer, als daß sie jahraus jahrein 12 Monate lang mit täglich 12 Stunden ertragen werden könnte.

Die in Detmold abgehaltene 14. Generalversammlung des Gewerkevereins der lippeischen Ziegler führte mich dorthin. Alljährlich um dieselbe Zeit versammelt der Gewerkeverein die Delegierten seiner Bezirksvereine, um vor dem neuen Auszuge noch ernste Beratung zu pflegen. Die Organisation dieses Gewerkevereins ist eine eigenartige, denn ihr gehören nicht nur die Gesellen, sondern auch die Meister an. Das ist durch den Beruf bedingt. Gegenüber den Zieglerbesitzern haben hier Meister und Gesellen sehr viele gemeinsame Interessen; vor allem gilt es darauf angewiesen, durch festes Zusammenhalten die erungenen Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten. Als die Zieglerbesitzer im vorigen Jahre infolge der verminderten Bautätigkeit die Afford-löhne um 5 Prozent vermindern wollten, wurde dieser Versuch durch das Zusammenhalten von Meistern und Gesellen für 90 Prozent der Betriebe zurückgeschlagen. Nimmt der Meister einen geringeren Afford an, so leiden darunter auch die Gesellen.

Ueber die Höhe der Löhne wurden in den sonst interessanten Referaten keine Angaben gemacht. Was man darüber durch Befragen erfahren, ging in den Angaben vielfach auseinander. Pastor Reich, der vor einigen Jahren eine Statistik über die Löhne aufgenommen hat, sagte, daß der Durchschnittslohn in der Kampagne 933 Mark betrage. Einzelne verdienen bis 1500 Mk. Natürlich kommt es auf die Dauer der Kampagne an. In einer leidlich guten Kampagne können durchschnittlich auf einen Ziegler 100 000 Steine, so daß eine mit 20 Mann besetzte Ziegerei (Kampagneziegerei) 2 Millionen Steine produziert. Im Affordantensystem bekommen die Streicher für 1000 Steine 1,40—1,60 Mk. Kehren die Ziegler im Spätherbst wieder heim, dann bringen sie, je nachdem sich ihr Verdienst stellte, 200—400 Mk. Ersparnisse mit nach Hause. In einem seiner Gedichte gibt Wienke die heimgelagerte Ersparnis auf mehr als 300 Mk. an.

Es ist ein Verdienst des Gewerkevereins, daß die Arbeitszeit heute „nur“ noch 12 Stunden täglich beträgt. Bis 1907 waren es 14—16 Stunden. Vereinzelt kommen solche Arbeitszeiten auch jetzt noch vor. Besonders lang ist der Tag für die Brenner, die noch 17—18 Stunden arbeiten. Von den Brennern lag der Generalversammlung ein Antrag vor, daß ihnen doch wenigstens in 24 Stunden 9 Stunden Ruhe gesichert werden möchten. Da blieben immer noch 15 Stunden Arbeit. Das ist fürchtbar! Die lange Dauer der Arbeitszeit — auch 12 Stunden sind bei diesem überaus harten Beruf noch zu viel — legt dem Gewerkeverein die Pflicht auf, tapfer weiter zu kämpfen, um auch hierin fortschreitend zu besseren Zuständen zu kommen. Vielleicht aber wird auch die Reichsgesetzgebung benötigt sein, einzugreifen.

Hart und schwer ist der Zieglerberuf. Die Landesversicherungsanstalt wird Auskunft darüber geben können, daß Ziegler in unverhältnismäßig großer Zahl schon im Alter von 50—60 Jahren Invalidenrentner werden. Die Rente beträgt dann etwa 150 Mk. im Jahre. Altersrentner stellt der Beruf nur in geringer Zahl. Lebensverfügend mag auch die Art der Lebenshaltung wirken. Die Ziegler leben noch vielfach in „Kommune“ (sie sprechen es als „Kommunje“ aus).

Der Meister bezieht die Hauptnahrungsmittel, Erbsen, Bohnen, Kartoffeln und Speck für alle gemeinsam. Trotz gelegentlichen Verbots wollen gewisse Meister hierbei verdienen. Entweder nehmen sie mehr als sie selbst zahlen, oder sie lassen sich von gewissenlosen Großhändlern doppelte Rechnungen schreiben. Gegen diese Betrügereien wenden sich die Gesellen und mit ihnen die anständigen Meister. Der neben dem gemeinamen Zieglergewerkeverein noch bestehende Meisterverein legt ausdrücklich in seinem Statut, daß da, wo das Kommunensystem besteht, der Meister verpflichtet wird, beim Einkauf von Lebensmitteln auf gute und preiswürdige Ware zu achten und über die Einnahmen und Ausgaben ein Protokollbuch zu führen. Die Generalversammlung beschätzte sich auch mit dieser Frage und beklagte, daß dieses „Protokollbuch“ in der Rinde der Ziegerei öffentlich auszuhängen sei. Wenn die Meister bei der „Kommunje“ verdienen, dann seien sie

leicht verführt, den Afford zum Schaden der Gesellen zu unterbieten.

Der Gewerkeverein bemüht sich, regelmäßige Lohnzahlungen durchzuführen. Es kommt leider noch vor, daß nur kleine Abschlagszahlungen zur Lebensführung gewährt werden, und am Schlusse der Kampagne ist der Meister zahlungsunfähig. Dann gehen die Leute ohne Geld in die Heimat zurück.

In einem Zieglerliede behandelt Wienke neben der langen Arbeitszeit auch den fargen Tisch:

Wenn ihr euch so sehr verwundert,
Daß der Ziegler über hundert
Taler bringt jährlich ein,
So sollt ihr doch auch wissen,
Wie die Ziegler schlaffen müssen,
Eh' das Geld kaum fällt ein.

Morgens, wenn die letzten Sterne
Glänzen noch in blauer Ferne
Doch am weiten Himmelzelt,
Stampft das Quader mit den Hufen,
Und der Ziegler wird gerufen:
„Auf, an's Werk, wenn dir's gefällt!“

Wen'ge Stunden erst gelegen,
Streicht der Ziegler schon verwegen
Schlaf und Tannen aus dem Bart.
Kann, daß seine müden Augen
Schon zum hellen Leben taugen,
Doch der Mut der Blidit ist hart.

Und nachdem er dann die erste Hälfte des langen Tages bestritten, fährt er fort:

Blöcklich ruft der Koch zu Tische.
Hat er denn gebrat'ne Fische.
Oder fauren Kohl bereit?
Kein, es gibt nur, wie alltäglich,
Erbienuppe, kaum erträglich,
Steif gefocht für Zieglerleut!

Die Sozialdemokratie hat unter den lippeischen Ziegler, trotz der größten Anstrengungen keinen Boden finden können. Auf der Generalversammlung, die überaus stark besucht war, betonten alle Redner nachdrücklich den nationalen Charakter des Gewerkevereins. Ihrem Landesfürsten sandten sie ein Begrüßungsgramm, das Fürst Leopold dankend erwiderte.

Eine Freude war es übrigens, zu hören, wie euerntlich die Ziegler die Forderung nach ländlichen Fortbildungsschulen vertreten. Das Fürstentum Lippe hat in seinen 134 Schulbezirken mit 22 000 Schülfern nur 25 Fortbildungsschulen. Wenn die lippeischen Ziegler nicht verdrängt werden wollten, so hob einer der Referenten nachdrücklich hervor, dann müsse mehr geachtet für die Weiterbildung des Nachwuchses. Das erfordere vor allem auch die Entwicklung der Technik in der Zieglerindustrie. Besonders die Wintermonate müßten in den Dörfern zur intensiven Fortbildungsarbeit benutzt werden.

Wäre sich der Landtag dieser Forderung mit Eifer annehmen! Karl Goldschmidt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. Februar 1909.

Ein deutscher Jugendgerichtstag wird auf Veranlassung der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge am 15. und 16. März in Berlin stattfinden. Folgende Gegenstände stehen auf der Tagesordnung: Das Jugendgericht im Vorverfahren; das Jugendgericht in und nach der Hauptverhandlung; das Zusammenwirken der Jugendgerichte mit den Verwaltungsbehörden und freiwillige Fürsorgeorganisationen. Referenten sind entschiedene Vorkämpfer der Jugendgerichtsbewegung, die zum Teil selbst als Jugendrichter tätig sind.

Die Jugendgerichte haben sich gerade in den letzten Jahren immer weiteren Boden bei uns errungen. In Württemberg ist jedem Amtsgericht ein besonderer Jugendgerichtshof angegliedert, und auch in den anderen Bundesstaaten sind mehr und mehr besondere Gerichte für Jugendliche eingeführt worden. Es darf erwartet werden, daß dieser Jugendgerichtstag der Bewegung einen neuen Aufschwung gibt, weshalb wir ihm aufrichtig guten Erfolge wünschen.

Vaufontrollen aus dem Arbeiterstande sollen auch in Baden eingeführt werden. In Bayern, Württemberg und Hessen hat man damit gute Erfahrungen gemacht, und auch in den badiischen Städten Mannheim und Heidelberg ist der Versuch, den technischen Aufsichtsbeamten Leute aus dem Arbeiterstande zur Unterstützung beizugeben, bereits von gutem Erfolge begleitet gewesen. Neuerdings ist nun nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ das badiische Ministerium des Innern noch einen Schritt weiter gegangen. In einem Rundschreiben an die unteren Verwaltungsbehörden

*) Druck und Verlag Manerische Hofbuchdruckerei Detmold 1908. Vierte Auflage, 188 Seiten, Preis 75 Pf.

hat der Minister angeregt, bei größeren Bauten beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann zu wählen und dem Aufsichtsbeamten namhaft zu machen. Dieser Arbeiter soll allerdings nicht das Recht zu selbständigen Anordnungen oder zum Eingreifen in die Tätigkeit des verantwortlichen Bauleiters haben; seine Aufgabe soll vielmehr darin bestehen, die Tätigkeit des Bauaufsichtsbeamten zu unterstützen und in der Zeit, wo keine Beschäftigungen stattfinden, der Beobachtung der Schutzvorschriften seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für den Fall, daß ein solcher Vertrauensmann nicht von den Arbeitern selbst aufgestellt wird, könnte der Aufsichtsbeamte in den dazu geeigneten Fällen sich bei den Beschäftigten durch Befragen eines oder anderer erfahrenen Arbeiter über die Anschauungen der Arbeiter von der Durchführung des Bauarbeiterschutzes unterrichten.

Wird Preußen den süddeutschen Bundesstaaten endlich auf diesem Wege nachfolgen?

Arbeiterbewegung. Der Streik der Schneider bei der Militäreflektfabrik von Will u. Co. in München ist durch Einigungsverhandlungen vor dem dortigen Gewerbegericht beendet worden. Die Arbeiter sollen bei dem am Anfang dieses Jahres gesagten Löhnen wieder eingestellt werden; Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. — Weil ihnen der übliche Zuschlag verweigert wurde, lehnte eine Anzahl von Arbeitern der Kugellagerfabrik in Leipzig-Plagwitz ab, Leberstunden zu machen. Sie wurden insolge dessen entlassen, worauf sämtliche übrigen Arbeiter in den Streik traten. — Der Abwechselfarb der Weber im Culengebirge dauert noch fort. Da die Arbeiter sich gegen die angebotenen erheblichen Lohnreduzierungen entscheiden sträubten, wurde weiteren 100 Arbeitern gekündigt, für welche wegen des Streiks keine Beschäftigung mehr vorhanden sein soll. — Infolge von Rohindifferenzen sind in Ehrang (Bezirk Trier) etwa 150 Arbeiter und Arbeiterinnen der vereinigten Zerkwaiswerke in den Ausstand getreten.

Um die Arbeiter zur Annahme eines weitestlich verschlechterten Lohntarifs zu zwingen, sind in Kopenhagen etwa 1400 Schuhwarenarbeiter und Arbeiterinnen ausge-sperrt worden. Der Arbeitgeberverband beabsichtigt angeblich, die Aussperrung eventuell auch über andere Gewerbegebiete auszu dehnen.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im Januar in einer Reihe von Großindustrien weiter verschlechtert. So ist auf dem Ruhrkohlenmarkt vielfach eine Verschlechterung der Abnahme gegen den Vormonat zu verzeichnen, deren Eintritt durch die Schiffahrtsstörungen begünstigt wurde. Ein Rückgang der Beschäftigung trat auch in den Braunkohlenrevieren ein, wodurch Feiertage nötig wurden, die zur Erhöhung des Leberangebots von Arbeitskräften beitragen. Auch die Metall- und Maschinenindustrie war im allgemeinen andauernd schlecht, zum Teil schlechter als im Vormonate beschäftigt. Nur in den Stahl- und Walzwerken sind Verbesserungen gegen den Monat Dezember eingetreten. Desgleichen war die Lage in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie nach wie vor überwiegend ungünstig. Ein weiteres Abflauen ist in den wichtigsten Zweigen der elektrischen Industrie eingetreten. Der Geschäftsgang in der chemischen Industrie hat sich nach der Mehrzahl der Berichte gegen den Vormonat verbessert. Eine Verminderung des Leberangebots von Arbeitskräften ist auch im Monat Januar nicht eingetreten. Sehr hoch war die Zahl der Arbeitslosen im Brauereigewerbe, das mit Ausnahme der süddeutschen Brauereien, in denen der Geschäftsgang nach wie vor ein guter war, in den meisten Gegenden eine Abminderung gegen den Vormonat zeigte.

Die Saisoninflüsse, die sich bereits im Monat Dezember geltend gemacht hatten, traten im Januar weiter zutage, so vor allem im Baugewerbe und in der Binnenschifffahrt. Die Ruhe, die mit der Beendigung des Weihnachtsgeschäfts in vielen Gewerben eingetreten war, hielt vielfach auch im Januar an. Teilweise machte sich jedoch die bereits kommende Frühjahrssaison bemerkbar, so in der Weichwaren- und Wäscheindustrie, der Kollium- und Blauenfabrikation, der Gutindustrie mit den von ihr abhängigen Gewerben.

Der immer noch anhaltende Rückgang des Beschäftigungsgrades geht auch aus den Nachweisungen der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hervor. Am 1. Februar 1909 ergab sich gegen den 1. Januar 1909

eine Abnahme der Beschäftigungsziffer von insgesamt 37 448 Mitglidern, und zwar betrug die Abnahme bei den männlichen Mitglidern 28 815, bei den weiblichen Mitglidern 8633 Personen. Im Vorjahre zeigte sich am 1. Februar gegen den 1. Januar eine größere Abnahme von 71 815 Mitglidern, und zwar von 59 735 männlichen und 12 080 weiblichen Personen. Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise gestalteten sich vielfach ungünstiger als im Vormonate.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Januar 1909 um 5 834 453 Mark niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres; es bedeutet dies eine Mindereinnahme von 1,56 Mark oder 6,26 Prozent auf 1 Kilometer.

Es hat gelesien. Ueber unsere beiden Artikel „Durcheinander in den christlichen Gewerkschaften“ hat sich jetzt endlich nach etwa 1 Woche die „Wesentliche Arbeiter-Zeitung“ auf. Sie ist dabei so dumm, ihren Verleger über unsere Feststellungen nicht bloß durchblenden zu lassen, sondern heillos wütend auf uns zu schimpfen. Am besten glaubt sie wohl unsere Nachweise zu widerlegen, wenn sie den Verfall unserer Aufsätze so sehr wie möglich beschimpft und persönlich herunterzieht. Früher, als Herr Giesberts noch die Redaktion dieses Blattes hatte, konnte man mit demselben noch leidlich anständig diskutieren. Wenn Giesberts auch manchmal grob wurde, von persönlichen Angriffen hielt er sich aber fern. Später ist so ein Halbfranzose in die Redaktion dieses Blattes hineingeklüppelt. Was ihm an Geist abgeht, sucht er durch Aufwand an Stimmitteln zu erweisen. Dabei produziert er sich fortgesetzt als der große Kitzengel Gabriel, der den Lindwurm Buchdruckerverband und den anderen Lindwurm Gewerksverein zerstückert. Das tut er mit einer Geziertheit und Geipreiertheit, daß man glauben soll, einen großen Geist vor sich zu haben, und doch ist der Schwanz bisher immer nur eine Gans geblieben. Wäge er also weiter schnötkern! So lange er nicht lachlich auf eine sachliche Erörterung antworten kann, nimmt diesen „Naib“ doch niemand ernst.

Ueber die Zustände im Hamburger Gewerkschaftshause machten vor einigen Tagen, wie auch wir in letzter Nummer meldeten, die „Kamb. Nachr.“ recht seltene Mitteilungen. Den „Genossen“ waren die Dinge natürlich sehr unangenehm. Deshalb wurde dem genannten Hamburger Blatte eine Berichtigung zugesandt, die auch vom „Vorwärts“ veröffentlicht wird. Die Berichtigung enthält nicht weniger als 13 Punkte, die aber zum Teil nur die erhobenen Anklagen bestätigen. Beiritten wird von den auch von uns angeführten Missethänden eigentlich nur einer: Es sei nicht wahr, daß in der Berberge des Gewerkschaftshauses eine Arbeitszeit von 14—16 Stunden herrsche. „Wahr ist, daß die Arbeitszeit aller Personen inkl. Pausen in keinem Falle mehr als 11 Stunden beträgt.“ Nun, wir sind der Meinung, daß auch diese Arbeitszeit reichlich lang bemessen ist.

Was die Entlassung der Beschwerdeführer betrifft, so kann diese nicht geleugnet werden. Sie sei aber nicht erfolgt wegen der Einreichung der Beschwerde, sondern weil von den Betroffenen die Anordnungen des Berbergeökonomen beharrlich ignoriert wurden. Weiter war behauptet worden, daß in der Berberge dreierlei Küche geführt werde, eine für die Herrschaften, eine für die Kellner, und eine für das gewöhnliche Küchenpersonal. Dazu heißt es in der Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß für das Personal der Berberge dreierlei Küche geführt wird. Wahr ist, daß der Berbergeökonome, der neben seinem Bargehalt für sich und seine Familie volle Beschäftigung erhält, sich besseres Essen bereiten lassen durfte, was sein vertragliches Recht ist. Wahr ist weiter, daß die Kost für Kellner und das übrige Personal, wenn auch nicht gleichartig, so doch stets gleichwertig gemessen ist.“

Unseres Erachtens wird damit zugegeben, daß tatsächlich dreierlei Küche geführt wird. Uebrigens ist aus der Berichtigung unter vielen anderen auch zu ersehen, daß die Schweizerinnen in der Nähe eines Klosters ihr Frühstück einnehmen. Diesen Platz sollen sie sich allerdings der Bequemlichkeit halber selbst gewählt haben, obgleich ihnen ein Zimmer mit Tisch und Stühlen zur Verfügung stehe. Der Raum, der den Hausdienern zur Einnahme ihrer Mahlzeiten angewiesen ist, befindet sich innerhalb der Waderäumlichkeiten, die allerdings auch den absolut geruchlosen Wasserdampfessel für Desinfektion und ein Wasserlosetz enthalten.

Die Verwaltung des Hamburger Gewerkschaftshauses hätte unseres Erachtens schlauer daran getan, wenn sie sich diese Berichtigung verschaffen hätte. Denn allzu idyllisch sind die Zu-

stände nicht, unter denen die Angestellten im Gewerkschaftshause tätig sind. Auf den Ruf eines Ruherbetriebes kann die Verwaltung jedenfalls keinen Anspruch erheben.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Großenhain.

Unser Ortsverband kam mit Benutzung auf das vergangene Jahr zurückblicken. Es war eine Freude zu beobachten, wie die Kollegen und Kolleginnen ihre ganze Kraft einsetzten, um unsere Sache vorwärtszubringen. Es wurden abgehalten 7 Ortsverbandsversammlungen, 10 Ausschußsitzungen, 6 kombinierte Ausschußsitzungen und 1 Schiedsgerichtssitzung. Die Ortsverbandsversammlungen waren zum großen Teil gut besucht. Es wurde nichts unversucht gelassen, neue Mitglieder heranzuziehen. Auch das Zusammengehörigkeitsgefühl wurde gepflegt durch einen gemeinschaftlichen Ausflug und eine Christbekehrung, die beide einen guten Verlauf nahmen. Auch die Wanderversammlung in Großenhain wurde benutzt, um den auswärtigen Kollegen den Besuch recht angenehm zu machen. Bedachte uns die Stadtverordnetenwahl auch keinen Sieg, so zeigte doch ihr Verlauf, daß wir uns am Orte großer Sympathien erfreuen. Auch im neuen Jahre wird der Ausdus nicht unversucht laßen, um unsere Sache zu fördern und die Gewerksvereinsideen in immer weitere Kreise hincinzutragen. Das wird auch muß uns gelingen, wenn wir uns der Unterstützung der Mitglieder auch weiter zu erfreuen haben und uns jederzeit des Wahlpruchs bewußt sind: Einigkeit macht stark!

Der man! Danke, Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverband Reusitz a. d. S.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 9 Ausdus, 5 Vertreteritzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen. In der Versammlung vom 8. November sprach Bezirksleiter Kollege Falzer über „Gewerbegerichte“. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Feserats hätte die Versammlung besser besucht sein können. In agitatorischer Hinsicht war der Ortsverband recht rege. Es gelang uns, einen Ortsverb. in der Maschinenbau- u. Metallarbeiter zu gründen, welcher zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Auf der Bezirkskonferenz der Ortsverbände in Karlsruhe war der Ausdus vertreten. Auf unsere Eingabe betr. Derangierung von Gewerksvereinen als Schöffen und Geschworene haben wir keine Antwort bekommen und auch keinen Erfolg gehabt. Faszgen fand die Eingabe auf Einführung der Verhältniswahl am Gewerbegericht Berücksichtigung. Im Januar fanden die Wahlen statt, bei denen wir einen Beiziger durchbrachten.

An Feiertagen wurde eine Weihnachtsfeier, ein Lichtbildvortrag und eine Feier anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Gewerksvereine veranstaltet.

Der Ausdus hat im vergangenen Jahre wahrlich weder Mühe noch Arbeit gekostet, unsere Sache zu fördern. Darum dürfen wir hoffen, daß er auch im neuen Jahre auf dem Posten ist, um für den Ausbau unserer Organisation zu sorgen. Wäge er bei diesem Streben die Internitzung aller Kollegen finden!

W. H. Weber.

Ortsverband Radeberg.

Zum hiesigen Ortsverbände gehören 3 Vereine mit zusammen 410 Mitglidern. Die geschäftlichen Arbeiten fanden in 10 Verbandsauschußsitzungen, 7 kombinierten Vorstandssitzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen ihre Erledigung. Öffentliche Versammlungen wurden 3 abgehalten. In der ersten hielt das Feserat Kollege Sauer-Keipzig über die christlichen Gewerkschaften und die Kirch-Überdurschen Gewerksvereine. Veranlassung hierzu gab uns der christliche Glasarbeiterverband, der die Gewerksvereine öffentlich als religionsfeindlich beschrieen hatte. In der zweiten Versammlung sprach Prof. Dr. Mahn-Dresden über die Wertzuwachssteuer. Das Feserat in der dritten Versammlung hielt Kollege Klein-Berlin übernommen, der über den Zweck der Gewerbegerichte sprach.

Im August wurde ein Ortsverein der Frauen und Mädchen gegründet, der sich den Verhältnissen entsprechend gut entwickelt hat. Zu den in Großenhain und Bautzen veranstalteten Bezirkskonferenzen wurden vom Ortsverband je 2 Delegierte entsandt. Bei der im Mai stattgefundenen Gewerbegerichts Wahl wurde Kollege Schwob vom Ortsverein der Maschinenbauer als Beiziger gewählt; ferner wurde ein Kollege wieder als Schöffe beim Amtsgericht ausgelost. Bei der Stadtverordnetenwahl hatten wir unjensen Erfolg, als außer dem Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Fiedler, welcher seit 1. Januar 1908 im Stadtparlament sitzt, der Unterzeichnete gewählt wurde.

Ein an den hiesigen Stadtrat gerichtetes Gesuch betreffs Einrichtung von Notstandsarbeiten fand entsprechende Berücksichtigung.

Arbeits- bezw. Rohndifferenzen von größerem Umfange sind nicht vorgekommen. Trotzdem sind die Arbeitsverhältnisse hier die allernüchternsten. Arbeitszeitverfürzungen und tageweises Aussetzen ist an der Tagesordnung. Dadurch ist uns die Bewegungsfreiheit unterbunden. Dessen wir, daß sich diese unangenehen Verhältnisse bald zum besseren wenden mögen. Wenn wünschenswert wäre es, daß die übergroße Zahl der indifferenten Arbeiter aus der gegenwärtigen Situation zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur durch eine partei- und kirchenpolitisch neutrale Berufsorganisation die logiale Lage der Arbeiterschaft geboben werden kann. Darum, Kollegen, nie jeder seine Pflicht, werder neue Mitglieder, das Feld zur Arbeit ist groß genug. Albert Babedant, Ortsverbandschriftführer.

